

## Anfrage 6

<b>Gremium</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	19.03.2018	öffentlich

### **Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion; Aktueller Stand der Einrichtung einer interkommunalen Verkehrskommission**

Vorlage Nr.: 20185512

#### **Stellungnahme der Verwaltung**

Die regionale Abstimmung von Baumaßnahmen auf der Ebene der beteiligten Verwaltungen läuft über regelmäßige Abstimmungsrunden des Verbandes Metropolregion Rhein-Neckar. Neben dem Verband sind dort die Gebietskörperschaften, vor allem aber auch die Träger der jeweiligen Landesinfrastruktur vertreten ( In RLP der LBM, in BW das RP Karlsruhe). Ein wichtiges Medium des Verbandes ist dazu eine interaktive Karte, in der alle Beteiligten im Rahmen eines kontinuierlichen Abstimmungsprozesses ihre geplanten Maßnahmen eintragen. Zwischen Mannheim und Ludwigshafen besteht darüber hinaus - und dies seit vielen Jahren - ein regelmäßiger Austausch und eine Abstimmung zwischen den Fachämtern. Ergänzt wird dies durch Kontakte der zuständigen Dezernenten. Insofern sind die Strukturen auf den Fachebenen insbesondere zwischen Mannheim und Ludwigshafen abgedeckt. Nicht abgedeckt bezüglich eines städteübergreifenden Austauschs ist die politische Ebene der Kommunalparlamente. Gerade zwischen Mannheim und Ludwigshafen gibt es, was die Rheinübergänge und deren Zuläufe angeht enge Verflechtungen. Das Projekt City West ist dabei ebenso aktuelles Beispiel wie die Stausituationen in Ludwigshafen, ausgelöst durch die Stadtbahnumleitungen über den Hbf MA auf Grund des Planken-Umbaus im Sommer und Herbst 2017. Auch auf der politischen Ebene sollte schon frühzeitig ein Austausch gepflegt werden, um die dann jeweils in den Städten anstehenden Entscheidungen in den Kontext stadtübergreifender Auswirkungen stellen zu können. Eine Möglichkeit dazu sein, für die Frage der Rheinübergänge vertiefte Untersuchungen anzustellen.

Darauf zielt der Beschluss des Ludwigshafener Stadtrats auf Antrag der SPD- und der CDU-Fraktion ab, die konkrete Umsetzung soll in einer gemeinsamen Sitzung der Stadtvorstände im April besprochen werden.